

Nr. 22/13 vom 13.07.2022

European Energy Colloquium

Die EU-Energieversorgung in Gefahr? REPowerEU und die Gas-Versorgungssicherungsverordnung

Berlin. Die Europäische Kommission veröffentlichte am 18. Mai 2022 ihr im März 2022 angekündigtes „REPowerEU-Paket“ zur schnellen Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Energieimporten aus Russland und zur Beschleunigung der Energiewende. Vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine wurden Empfehlungen zur Vorbereitung auf eine schwerwiegende Gaslieferunterbrechung, insbesondere mit Blick auf die Gasversorgung im kommenden Winter, getroffen. Im Rahmen des „European Energy Colloquium“ hat Mechthild Wörsdörfer, stellvertretende Generaldirektorin, Energieabteilung der EU-Kommission (GD ENER), am 29. Juni 2022 das REPowerEU-Paket der Kommission näher erläutert. Anschließend wurde mit Stakeholdern und der Politik besprochen, wie sie die Situation jeweils bewerten.

Mechthild Wörsdörfer, ehrenamtliche Vorsitzende des European Energy Colloquium, trug in ihrem Eingangsstatement die Eckpunkte des REPowerEU-Paketes zusammen und machte deutlich, dass die Energieabteilung der EU-Kommission mit Hochdruck arbeite, um die Gas- und Energieversorgung sicherzustellen, die Abhängigkeit von den fossilen russischen Energieträgern zu verringern und beide Handlungsfelder mit den Maßnahmen zum Ausbau erneuerbarer Energien zu verbinden. Als Etappensieg wertete sie dabei die Verringerung der Abhängigkeit Europas von fossilen Brennstoffen, beim russischen Gas etwa von 40% auf unter 30%.

Das REPowerEU-Paket zielt zum einen auf Energieeinsparungen. Die Gas- und Ölnachfrage soll durch verschiedene Kommunikationskampagnen kurzfristig um 5% sinken. Das verbindliche Energieeffizienzziel soll zudem mittelfristig von 9% auf 13% gesteigert und die Gasbezugsquellen diversifiziert werden. Durch die Zusammenarbeit der EU mit internationalen Partnern und mittels der neu geschaffenen EU-Energieplattform würde die freiwillige gemeinsame Beschaffung ermöglicht, die Nachfrage gebündelt, die Nutzung der Infrastruktur optimiert und die Kontaktaufnahme zu Lieferanten koordiniert.

Als drittes sehe das Paket die Ausweitung und den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien in den Bereichen Stromerzeugung, Industrie, Gebäude und Verkehr vor. Mit einem ganzen Maßnahmenbündel, etwa einer speziellen Solarstrategie der EU zur Verdopplung der photovoltaischen Leistung bis 2025 und zur Installation von 600 GW bis 2030, der Empfehlung zur Einrichtung spezieller »go-to«-Gebiete in den einzelnen Mitgliedstaaten, in denen verkürzte und standardisierte Genehmigungsverfahren für EE-Anlagen Anwendung finden sollten, oder der Zielsetzung, bis zum 2030 10 Mio. t H₂ aus erneuerbaren Quellen in der EU zu erzeugen und 10 Mio. t erneuerbaren Wasserstoff zu importieren, beabsichtige die EU-Kommission schließlich, das Kernziel für 2030 für erneuerbare Energien im Rahmen des Pakets »Fit für 55« von 40% auf 45% anzuheben.

Daneben nahm sich Wörsdörfer Zeit, das Vorgehen der EU-Kommission im Falle eines russischen Lieferstopps zu skizzieren, das angesichts der zwölf Mitgliedstaaten, die von Lieferkürzungen bereits betroffen seien und von denen sieben die erste Krisenstufe, Deutschland sogar schon die Alarmstufe, ausgerufen hätten, immer wahrscheinlicher werde. Laut Wörsdörfer bereite sich die Kommission darauf vor, dass Russland seine

Gaslieferungen an die EU vollständig einstelle, wobei die EU-Gasversorgungssicherheitsverordnung von 2017 für eine länger anhaltende Notlage nicht geeignet sei. Noch im Juli solle eine Gasspeicher-Verordnung in Kraft treten, die die Mitgliedstaaten zur Befüllung ihrer Gasspeicher bis 1. November zu 80% verpflichte. Ferner machte Wörsdörfer deutlich, dass sich die EU-Staaten im Falle der dritten Alarmstufe gegenseitig helfen müssten und die EU-Kommission daran arbeite, die Solidarität zwischen den Staaten in diesem Fall zu koordinieren.

In der sich anschließenden Diskussion unter der Leitung von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien, kritisierte Dr. Thomas Gößmann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Thyssengas GmbH, die einseitige Fokussierung der Kommission auf erneuerbaren Strom zulasten des Gassektors, obgleich dieser fast das Doppelte an Energie produziere als der Stromsektor. Gerade der H2-Accelerator des REPowerEU-Paketes, der die Zielsetzung von 20 Mio. t. erneuerbaren Wasserstoffs aus eigener Erzeugung sowie aus Importen beinhalte und der als Beschleuniger des Wasserstoff-Hochlaufs gedacht sei, lasse an Ansätzen und Vorschlägen zur Investitionssicherheit und dem beschleunigten Ausbau vermissen. Aber auch die Vorschläge der EU-Kommission zum Gasmarktpaket bergen Hürden. Gößmann bemängelte vor allem die geplanten Regelungen zur Entflechtung der Erdgas- und Wasserstoffinfrastruktur sowie das vorgesehene Verbot zur gemeinsamen Finanzierung von Gas- und H2-Netzen, das den beschleunigten Aufbau des Wasserstoffnetzes und des Markthochlaufes erheblich gefährden würde.

Dr. Pierre Gröning, Geschäftsführer des Europabüro Brüssel, Verband der Chemischen Industrie e.V., warnte eindringlich vor den massiven wirtschaftlichen Implikationen eines Gaslieferstopps nicht nur für die chemische Industrie, die mit einem Anteil von 15% der größte Abnehmer von Erdgas sei, sondern für die gesamte Wirtschaft! Er mahnte gleichzeitig, die Lasten eines Lieferausfalls fair auf alle Gasverbraucher gleichermaßen aufzuteilen. Am REPowerEU-Paket sei vor allem zu beanstanden, dass es die beschleunigte Planung und Genehmigung auf EE-Anlagen begrenze, anstelle die gesamte industrielle Wertschöpfungskette in den Blick zu nehmen. Er forderte angesichts der doppelten Zeitenwende aus Klimakrise und sicherheitspolitischer Zäsur eine Dringlichkeitsprüfung auf europäischer sowie deutscher Ebene zur Reevaluation der Gesetzgebungsarbeit.

Burkhard Reuss, Deputy Director European Public Affairs, TotalEnergies S.E., betonte hingegen, dass Gas als Brückentechnologie trotz seiner Lieferengpässe bzw. drohenden Lieferausfälle essentiell bei der Dekarbonisierung bleiben werde und leitete daraus drei Handlungsprioritäten ab, die den massiven und beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren ebenso miteinschließen wie die Diversifizierung der Bezugsquellen sowie zukünftige Investitionen in die Gasversorgungssicherheit. Er warnte außerdem davor, politisch in den Markt einzugreifen und etwa Preise zu deckeln, um die Versorgungssicherheit nicht noch zusätzlich zu gefährden.

Jutta Paulus, MdEP von den Grünen/EFA und Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI), verteidigte die geplante Entflechtung der Gas- von den Wasserstoffinfrastruktur mit dem Argument, dass eine Ertüchtigung der Gasleitungen auf H2 eine regelrechte Verschwendung des in seiner Herstellung sehr teuren und aufwendigen Wasserstoffes für Prozesse darstelle, die sich auch elektrifizieren ließen. Sie hielt stattdessen am Hydrogen-Backbone fest, der den Wasserstoff von dessen Anlandungs- bzw. Erzeugungspunkt dorthin transportiere, wo dieser tatsächlich benötigt würde, nämlich die industriellen Hochtemperatur-Prozesse und die chemische Industrie, die sich nicht elektrifizieren ließen.

Die Präsentationen stehen in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der [Website](#) (Presse/Publicationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: info@zukunftsenergien.de.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
www.zukunftsenergien.de
Twitter @FfZeV
LinkedIn @FfZeV